

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Verantwortlicher Redakteur: W. Sievers in Stettin.
Verleger und Drucker: H. Grafmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.

Bezugspreis: In Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk. vierteljährlich.

Anzeigen: die Petitzeile oder deren Raum im Morgenblatt 15 Pf., im Abendblatt und Neblamen 30 Pf.

Annahme von Inseraten Schulzenstraße 9 und Kirchplatz 8.

Agenturen in Deutschland: In allen größeren Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenstein & Vogler, G. L. Daube, Invalidentenk. Berlin Bernh. Arndt, Max Gerstmann, Otto Thiele, Elberfeld W. Thiens. Greiswald G. Illies. Halle a. S. Jul. Barck & Co. Hamburg Heinrich Eisler, Joh. Nootbaar, A. Steiner, William Wilkens, Kopenhagen Aug. J. Wolf & Co.

Deutschland.

Berlin, 8. Mai. Es werden gelegentlich des Falles Wohlgehmth Repräsentanten geplant. Von offizieller Seite wird dazu geschrieben: Bei Beurteilung des Falles Wohlgehmth drängt sich eine Wahrnehmung ganz von selber auf, welche hervorgerufen wird durch das Verhalten der verschiedenen schweizerischen Instanzen zu der in Rede stehenden Angelegenheit. Im Bund der Arbeiter sind geschulte Politiker, Männer, welche mit den Normen und Formen des diplomatischen Verkehrs, mit den internationalen geschäftlichen Überwachen vertraut sind, kurz, Persönlichkeiten, welche über dasjenige Maß von Wissen und Können, was juristisch wie politischem savoir faire verfügen, um einen geregelten internationalen Amtsverkehr zu ermöglichen.

Wie schon kontrastieren aber mit der Organisation des Berner Bundesrats die Träger der öffentlichen Gewalt in den einzelnen Schweizer Kantonen! Ein ganz anderer Menschenschlag führt in letzteren das Regiment, Leute, deren Blick meist nicht viel weiter reicht, als die enge Sphäre ihrer Kantons-Herrschaft, und die die besten, was in dem Verkehr der Nationen unter einander für recht und schicklich gilt, mitunter recht vernünftige Vorstellungen haben. Zu was für Konsequenzen derartige Absonderlichkeiten führen, kann man besonders an jenen Kantonen studieren, in denen die Sozialdemokratie sich eingemischt und nach und nach zur Herrscherin der Lage emporgeschwungen hat. Es ist Thatsache und die Alten des Falles Wohlgehmth beneiden das von Neuem, daß die schweizerischen Kantone und Kantonsbehörden, welche nach der Pfeife sozialdemokratischer Volkerverführer tanzen, durchaus nichts Seltenes mehr sind. Wie kommt das? Die spezifisch schweizerische Sozialdemokratie ist noch verhältnismäßig jungen Datums und recht eigentlich als Tochter der deutschen Sozialdemokratie zu bezeichnen.

Nun hat letztere aber schon seit Jahr und Tag ihr agitatorisches Hauptquartier auf schweizerischem Boden aufgeschlagen, dort hat sie ihre Versammlungen, Konventikel und Kongresse abgehalten, ihre Brandbriefe verfaßt, ihre Heppresse organisiert, von dort gehen die Fäden ihrer internationalen Propaganda aus, bzw. leiten nach dort zurück. Ohne die gefällige Vorführung von schweizerischer Seite wäre die deutsche Sozialdemokratie mit ihren gemeingefährlichen Bestrebungen nicht die Hälfte, nicht den zehnten Theil so weit gediehen, als sie es zu sein sich alle Tage rühmt. Nun, die schweizerische Sozialdemokratie stammt in grader Linie von der deutschen, auf schweizerischem Boden gebildeten, ab. In der schwächlichen kantonalen Mißere giebt sie rasch und züppig empor, vergessend, daß sie sogar, was nach unseren Begriffen von normalen öffentlichen Zuständen schlechthin unfaßbar erscheint, die amtlichen Kreise durchsetzt hat und letztere keine Bedenken tragen, mit ihren sozialdemokratischen Pöbeln gegen fremdpolitische Kollegen gemeinschaftliche Sache zu machen.

Dem Berner Bundesrat fehlen bei seiner eingeschränkten Kompetenz in Fragen der internationalen Politik augenscheinlich die Mittel, hier durchgreifende Remedur zu schaffen. Die sozialdemokratischen Kantonsregierungen können daher fortfahren, auf eigene Faust das Völkerverkehr zu verleben, und sie werden es höchst wahrscheinlich thun, wenn ihnen nicht auf die eine oder andere Art zum Bewußtsein gebracht wird, daß die internationalen Inkompetenz denn doch unter Umständen ihnen keine ausreichende Garantie der Straffreiheit bietet.

Das gute Einvernehmen mit dem Berner Bundesrat, welches immer seinen gebührenden Werth behalten wird, schließt die Möglichkeit keineswegs aus, sich für völkerverkehrswidriges Gebahren einzelner Kantone durch geeignete Repräsentanten schadlos zu halten!

Zu dem in der verflochtenen Tagung des Landtags eingebrachten Antrag des Abg. Korsch, betreffend das Verbot des Zwischenhandels mit preussischen Lotterielosen, wird der „Köln. Volks-Ztg.“ geschrieben:

„Der Abg. Korsch hat seinen Antrag hauptsächlich mit der Erwägung begründet, daß der Händler einen zu hohen Preis im Handel nehme, und hat dabei einen seit 50 Jahren bestehenden Gewerbestand als „wucherisch“ bezeichnet. Der von Herrn Korsch namhaft gemachte Gewinn der Händler soll angeblich 672 Mark betragen, es wurde vom Regierungssitz dahin berichtet, daß der Gewinn nur ca. 100 Mark betrage. Jedoch wird von betheiligter Seite mitgetheilt, daß der Bruttoverdienst für jedes Loos sich nur auf 32 Mark stelle. Aus dem seitens der Händler erlassenen Anzeigen ergibt sich, daß dieselben preussische Loose mit 200 Mark abgeben; dies würde nur 32 Mark Bruttogewinn sein; auf diesem Gewinn aber ruhen noch 6 ganz erheblichen Spesen für Anschaffung und Vertrieb. Man mag nun über den Zwischenhandel eines jeden Gewerbes denken, wie man will, so wird sich schwerlich ein stichhaltiger Grund finden lassen, ein Gewerbe, das Tausenden bisher ohne Schädigung des Staates wie des Publikums eine Erlernz geboten hat, plötzlich von Staats wegen zu verbieten. Unzweifelbar kann in jedem andern Geschäft so gut vorkommen wie beim Lotterielosenhandel; es ist Sache der Gerichte, dagegen einzuschreiten, bisher hatten die Strafbehörden in diesem nicht in ungewöhnlichem Maße dazu Anlaß.“

Der Antrag Korsch war im Abgeordnetenhaus auch von Abgeordneten der Zentrumspartei unterstützt. Nach den vier mitgetheilten Ausführungen der „Köln. Volks-Ztg.“ scheint indessen im Zentrum noch eine andere, dem Antrag weniger günstige Richtung vorhanden zu sein. Die Ausführungen des Antrags werden hierdurch verringert, vorausgesetzt, daß er über-

haupt in der nächsten Tagung wieder aufgenommen wird.

Die Mittheilung aus Gdelsch, daß die Reife des Kaisers nach Warschau behufs Abhaltung von Jagden in den Forsten des Grafen Hochberg nunmehr auf den 14. Mai verschoben sei, wird als unrichtig bezeichnet.

Die Belastung der Landwirtschaft aus der Altersversorgungsvorlage wird in der „Köln. Ztg.“ für das ganze Land auf durchschnittlich 79 Prozent der Staatsgrundsteuer berechnet, für Ostpreußen insbesondere auf 125 Prozent.

Die „Schles. Ztg.“ erklärt sich in einem neuen Artikel nochmals gegen den Abschluß der Altersversorgungsvorlage. Der Begriff der Invalidität eines Arbeiters müsse unbedingt in andere, größere Sicherheit bietende Weise festgestellt werden. Bei der Lebensnahme einer Milliardenschuld gegenüber 11 Millionen Menschen könne ein Zeitverlauf, selbst wenn er mehrere Jahre umfassen sollte, gar nicht in Betracht kommen. Ohne einen zuverlässigen statistischen Anhalt müsse jede Berechnung illusorisch sein, das fortwährende Sinken des Zinsfußes sei nicht ausreichend in Rechnung gestellt. Wäre eine Befürchtung, daß das Gesetz beim Hinauszuschieben scheitern könnte, gerechtfertigt, dann wäre dies der schwerwiegendste Grund, die letzte Entscheidung hinauszuschieben, denn ein solches Gesetz dürfe nicht das Ergebnis zufälliger Majoritäten sein.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 8. Mai. (B. L.) Der bekannte deutschliberale Abgeordnete Menger führte in der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses in längerer Rede aus, daß in Oesterreich gegenwärtig vollständige Ungleichheit in der Rechtsprechung bestehe; es drohen Zustände, wie solche zu den Zeiten der schlechtesten römischen Cäsaren nicht existierten. Während wissenschaftliche Essays und vornehm gehaltene Aeußerungen über gewisse Bewegungen konstatirt wurden, dürften die amtlichen Organe eine unerbörte Hege Praschos betreiben. Der Redner verlangt, daß die Willkür aufhören und das Vorgehen der Behörden in solchen Fragen geregelt werden möge.

Wien, 8. Mai. Der Wiener Männergesangsverein beschloß einstimmig, die Reife nach London aufzugeben, weil hervorragende Persönlichkeiten daselbst das geplante Wohlthätigkeitskonzert behindern; der Lord Mayor begann ein unnwürdiges Feilschen um Gewinntheilung zwischen dem österreichischen Hilfsverein und dem Sunday-Hospitalfonds; der Prinz von Bales wechselte zweimal die Zusage seines Erscheins wegen Pferderennens und anderer Vergnügungen.

Bei den gestrigen Bezirks-Auswahlgewahlen im zweiten Wahlkörper behaupteten die Liberalen drei Bezirke, die Antisemiten gewannen Mariahilf, ganz Neubau und Alsergrund theilweise. Der Reichstheilein-Klub erklärte die Schulvorlage als verlegend für die katholische Bevölkerung.

In Donauwörth bildete sich gestern ein jüdischer Donauverein, unter Teilnahme der bairischen Regierung, der Städte Wien, Pest, Passau, München, Augsburg, Ulm und anderer; der Donauverein erkannte die Schiffbarkeit der Donau an, empfahl das Studium einer Kanalverbindung zwischen Donau und Rhein und die bessere Ausnutzung der Donau für den Balkanverkehr. Wien, 8. Mai. (Börs. Ztg.) Die vollständig versammelte Börsekammer nahm heute einseitig eine Resolution an, welche in den schärfsten Ausdrücken Verwahrung einlegt gegenüber den Angriffen des Fürsten Richthausen auf die Börse und das Kapital gelegentlich der Beratungen des Katholikentages.

Schweiz.

Bern, 8. Mai. (B. L.) Der Londoner „Socialdemocrat“ und die schweizerische Arbeiterpresse fahren fort, Luz auf die wärmste in Schutz zu nehmen. Letztere nennt die Ausweisung des Luz einen Skandal und greift den schweizerischen Bundesrat deshalb heftig an. Die maßgebende öffentliche Meinung blickt die Ausweisung des Luz gerade so wie diejenige Wohlgehmth.

Niederlande.

Ein rheinisches Blatt hatte gemeldet, der König von Holland habe an alle Kabinette ein vertrauliches Rundschreiben verfaßt mit der Anfrage, wie man sich dazu stellen würde, wenn die Generalstaaten das niederländische Erbfolgesystem abändern und in Luxemburg die weibliche Erbfolge einführen würden. Von anderer Seite wird diese Nachricht als falsch bezeichnet mit dem Hinzufügen, ein solches Rundschreiben könne gar nicht existieren, da den niederländischen Generalstaaten in keiner Weise das Recht und die Befugniß einer solchen Abänderung zuläufige, die kraft der Stellung Luxemburgs und seiner Verfassung, nur der luxemburgischen Kammer zustände. Da der „Möln. Cour.“, der die ausführliche Mittheilung zuerst veröffentlichte, wiederholt Informationen aus der Umgebung des Herzogs Adolf erhalten zu haben scheint, werden wir abwarten haben, was man etwa von dieser Seite noch zu sagen für gut finden wird. Jedenfalls ist es richtig, daß man im Haag den begeistertsten Empfang, den der Regent in Luxemburg gefunden hat, als eine demonstrative Abgabe an die holländische Dynastie auffaßt und darüber im höchsten Grade verschlüsselt ist. Ob die Meldung einiger Blätter, der luxemburgische Staatsminister Eschens wolle seine Entlassung nehmen, auf Wahrheit beruht oder nur eine Schlussfolgerung aus der unliebsamen Sachlage ist, vermögen wir nicht festzustellen. Herr Eschens soll sich nach dem Haag begeben haben.

Belgien.

Brüssel, 7. Mai. (Börs. Ztg.) Große

Aufmerksamkeit ruft gegenwärtig in allen politischen Kreisen ein Prozeß hervor, welcher sich seit gestern vor dem Schwurgerichte in Mons abspielt. Sieben und zwanzig Mitglieder der sozialistisch-republikanischen Arbeiterpartei, von denen fünf flüchtig sind, sind angeklagt, eine Verschwörung zum gewaltthätigen Umsturz des Staates angezettelt zu haben. Neunzehn Advokaten, unter ihnen die hervorragenden Belgiens, wie die Herren Janson, Robert und Picard aus Brüssel, Burtel aus Nivelles, Englebienne aus Mons, Desfrée aus Charleroi, haben die Verteidigung der Angeklagten übernommen. Noch bevor dieser Prozeß, dessen Verhandlungen 14 Tage in Anspruch nehmen werden und für welchen bis jetzt 151 Zeugen, darunter die höchsten Staatsbeamten, vorgeladen sind, seinen Anfang genommen hat, werden durch die Verteidigung amtliche Schriftstücke, welche in allen Kreisen Belgiens das schmerzliche Aufsehen und nicht geringe Entrüstung hervorgerufen, in allen Zeitungen veröffentlicht. Es geht daraus auf Grund amtlichen Materials hervor, daß nicht nur im Solde der öffentlichen Sicherheitsbehörde stehende Agents provocateurs an der Verschwörung die Hauptbetheiligten sind, sondern daß auch zwei Minister, der Finanzminister Herr Veernaert und der Minister des Innern Herr Dewolde, „zur Rettung der Gesellschaft“ mit denselben in Verbindung gestanden haben. Die Verteidigung veröffentlicht die vollständigen Protokolle über die Vernehmung des ersten Beamten bei der Verwaltung der öffentlichen Sicherheit, des Herrn Paul Nolletiers, vor dem Untersuchungsrichter. Seine Aussagen sind, obwohl er vorweg erklärt, er könne nur „einen Theil der seiner Verwaltung anvertrauten Geheimnisse“ verrathen, sehr belastend. Aus ihnen geht hervor, daß der Präsident des sozialistisch-republikanischen Kongresses, dessen Verlauf die Grundlage der Anklage bildet, Laloi, schon seit Mai 1887 im Dienste der öffentlichen Sicherheit gestanden hat. Er forderte die Kongress-Genossen zu Gewaltthaten und zur Herstellung der Republik auf; als Sekretär der Arbeiterliga in Chateaufort und als einer der Anhänger des Agitators Desulfleur in die Arbeiterverhältnisse eingeweiht, konnte er viel verrathen. Für jede Mittheilung erhielt er „je nach ihrer Wichtigkeit“ eine besondere Bezahlung. Noch erbaulicher ist die Rolle des Buchdruckerelbsters Leonard Bourbair in La Louviere. Derselbe war, wie aus dem Protokolle hervorgeht, ein vortrefflicher Agitator für literale Wahlen. In Folge dessen stellte der literale Senator Herr Cornes denselben dem Minister des Innern vor. Dieser trat mit Bourbair, welcher dem Syndikate der Arbeiterverbände im Centre angehörte, in nähere Verbindung und empfahl ihn der öffentlichen Sicherheit, die ihn unter Bewilligung ansäblicher Honorare für ihre Zwecke ausnützte. In seiner Druckerlei wurden die Brandaufsätze an die Arbeiter, auch der berühmte Anschlag, welcher die Arbeiter des Centre zum Märzstreik gegen die 10,000 Arbeiter des Borinage aufreizte, gedruckt. Gleichzeitig machte Bourbair „im öffentlichen Interesse“ dem Finanzminister persönliche „sehr wichtige Mittheilungen. Schon sofort nach der Verlesung der Anklageurtheile traten die Betheiligten scharf auf. Herr Janson erklärte vorweg, daß „das Verfahren der Sicherheitsbehörden eine Schmach für Belgien und der Prozeß ein wahrer Skandal für das Land ist“.

Bulgarien.

Bukarest, 7. Mai. Die die „Agence Roumaine“ erfährt, werden die Kammer am 20. Mai wieder zusammentreten. Michael Sturza ist zum Generalconsul in Konstantinopel ernannt worden, welcher vor dem hierzu bestimmt war, geht als erster Gesandtschaftssekretär nach Brüssel.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 9. Mai. In der vorgestern in Berlin abgehaltenen Jahres-Versammlung des deutschen Fischerei-Vereins wurde auch von Herrn Präsidenten Herwig Bericht über die Thätigkeit der Sektion für Küsten- und Hochseefischerei im vergangenen Jahr erstattet. Wir entnehmen dem Bericht Folgendes: Nachdem der Präsident zunächst hervorgehoben hatte, daß außer der Landwirtschaft kein zweites Gewerbe so viele nationale Gesichtspunkte in sich vereine, wie die Seefischerei, gab er ein anschauliches Bild der verschiedenen Arbeiten der Sektion. An der Nordsee seien die von der Sektion mit Hilfe des Reichs ins Leben gerufenen Versicherungsgesellschaften für Fischereifahrzeuge in voller Thätigkeit und gebe es jetzt keine Strecke der Nordseeküste mehr, an der nicht von jedem Fischer Versicherung genommen werden könne. Die wohlthätigen Wirkungen dieser Einrichtungen machten sich nachweisbar schon jetzt geltend. An der Ostsee, wo wegen der Herabsetzung der Netze in die Versicherung die Sache sehr viel schwieriger liege, habe man im Jahre 1888 vorläufig gewissermaßen nur probeweise in Hela, Köslin und dem mecklenburgischen Fischland zusammen 4 Klassen gegründet und wolle abwarten, ob sie sich lebensfähig zeigten, um dann mit ihrer Verallgemeinerung vorzugehen. Die Vorarbeiten zur Errichtung von Unterstützungskassen für Hinterbliebene deutscher Seefischer seien im Vorjahre abgeschlossen; man habe es aber nicht für rathsam gehalten, mit der praktischen Durchführung zu beginnen, ehe das endgültige Schicksal der Altersversorgungsgesetzgebung entschieden sei, weil letztere vielfach maßgebend für einzelne Bestimmungen der Unterstützungskassen werden dürfte. Aus der großen Reihe der wissenschaftlichen Untersuchungen, über welche berichtet wurde, interessirte besonders die Mittheilung, daß in diesem Jahre die Akademie der Wissenschaften eine wissenschaftliche Untersuchungsreise nach Grönland und von da herunter nach der brasilianischen Küste unter Leitung des Professors Henjen in Kiel abgehen läßt, bei der sich die Sektion durch praktische Fischereiveruche auf dem hohen Ocean zu betheiligen gedenkt, sowie die Nachrichten über die im Vorjahre durch die Sektion erfolgte Einrichtung einer zoologischen Wanderstation an der Nordsee. Auch von praktischen Versuchen und Einrichtungen der Sektion konnte viel Erfolgreiches erzählt werden. Unter Anderem erfuhren wir, daß die Sektion außer einer Bibliothek, die schon über 200 Bände umfaßt, eine Modellammlung von Fischereifahrzeugen und Geräten angelegt hat, welche zwar in dem hiesigen landwirthschaftlichen Museum ihre Aufstellung finden wird, hauptsächlich aber dazu bestimmt sein soll, an Küstenplätzen vorübergehend zur Schau gestellt zu werden. Die für die Ostsee so überaus wichtige Treibnetzfischerei sei in den Jahren 1887 und 1888 durch Darlehen der Sektion in Schleswig-Holstein und Mecklenburg neu eingeführt, andere mustergültige, unserer Fischereibevölkerung bisher fremde Geräte seien von der Sektion angeschafft und verliehen oder verkauft; an dem Problem der Verbesserung der Seelichtigkeit der Ostseefischerei werde mit Energie weitergearbeitet; Fischer würden zu ihrer Beleuchtung in fremden Betriebsarten auf Reisen geschickt; für den kommenden Winter würden Fischereikurse nach Analoie der Landwirtschaftslehre geplant; kurz es war ein Bild einer überaus reich und durchweg erfreulichen Thätigkeit, welches unter dem lebhaften Beifall der Versammlung entrollt wurde und der Sache der Seefischerei gewiß viele neue Freunde zugeführt hat.

Großbritannien und Irland.

London, 7. Mai. Im Unterhause richtete gestern Buchanan an den Unterstaatssekretär für auswärtige Angelegenheiten die Anfrage, ob es wahr sei, daß König Leo in Creel Down innerhalb des dortigen britischen Schutzbereichs am 25. Februar gewaltthätig an Bord eines deutschen Kriegsschiffes geschleppt und dort gefangen gehalten wurde, bis gewisse Eingeborene aus dem deutschen Schutzbereich in Kamerun ausgeliefert worden seien, und welche Vorstellungen die britische Regierung der deutschen Regierung mit Bezug auf diese Handlungsweise gemacht habe. Sir James Ferguson antwortete, es würden Erkundigungen eingelesen, um den Thatsachend festzustellen.

Der Barmell-Untersuchungsfonds hat jetzt im Ganzen etwa 36,975 Pf. erreicht, wovon der Advokat Barmell, George Lewis, bereits 20,000 Pf. erhalten hat.

Dänemark.

Kopenhagen, 5. Mai. Ein in Schleswig umlaufendes Gerücht, daß die preussische Regierung eine Regelung der Dptantenfrage beabsichtige, hat jetzt auch den Weg in die hauptstädtliche Presse gefunden und wird von Allen, welche auf die Entwicklung eines freundschaftlichen Verhältnisses zwischen Deutschland und Dänemark Gewicht legen, gern als verbürgt angenommen. Nach dem Kriege von 1864 wurde bekanntlich nach Artikel 19 des Wiener Friedensden Bewohnern der Herzogthümer das Recht zuerkannt, innerhalb eines Zeitraumes von 6 Jahren nach ihrer freien Wahl sich für die deutsche oder für die dänische Unterthanenschaft zu erklären. Die Nordschleswiger, welche für Dänemark optirten, dürften allerdings nach dem Friedensvertrage, von keiner Seite weder an ihrer Person, noch in ihren Besitzungen beunruhigt werden, aber wenn sie in Schleswig auch bleiben dürften, so blieb ihnen doch nicht nur selbstverständlich die Ausübung des Rechts eines preussischen Staatsbürgers unterjagt, sondern sie ständen unter der Aufsicht der Fremdenpolizei, sie konnten jeden Tag, wenn sie sich politisch mißfällig machten, oder wenn sie der Behörde „lästig fielen“, ausgewiesen werden. Hunderte von nordschleswiger Familien sind von solchen Ausweisungen betroffen und gerade diese erzeugen in Dänemark Verwirrung. Die Dptanten hätten es aber ohne Zweifel schon im Beginn der siebziger Jahre erlangen können,

preussische Unterthanen zu werden, sie machten aber keine derartigen Versuche, weil sie glaubten, daß ihre Söhne als dänische Unterthanen in Nordschleswig gebildet und doch von der Militärpflicht befreit sein würden. Als sie sich in der Hoffnung bitter getäuscht sahen, wurde die Dptantenfrage, d. h. die Eigenschaft dänischer Staatsbürger, für sie eine große Qual, daß sie jetzt keinen lebhafteren Wunsch hegen, als preussische Unterthanen zu werden, was ihre Söhne, die den väterlichen Boden nicht haben verlassen wollen, zum Theil schon geworden sind. Und was noch merkwürdiger ist, man würde hier die Erfüllung dieses Wunsches als ein Entgegenkommen der preussischen Regierung betrachten, „Morgenblatt“ und „Politikon“ sprechen es offen aus. Sie deuten an, daß die beabsichtigte Erledigung dieser Angelegenheit dem Besuche Kaiser Wilhelms in Kopenhagen zu danken sei, welcher dem König Christian seine Bereitwilligkeit erklärt haben soll, den dänischen Dptanten auf ihr Ansuchen das preussische Staatsbürgerrecht zu gewähren. Es soll sich um die Aufnahme von 8000 Familien in den preussischen Unterthanenverband handeln; ob die Sache schon endgültig abgemacht ist, steht dahin, jedenfalls würde ihre Erledigung für die Beziehungen der beiden Nachbarvölker zu einander sehr förderlich sein.

Bulgarien.

Bukarest, 7. Mai. Die die „Agence Roumaine“ erfährt, werden die Kammer am 20. Mai wieder zusammentreten. Michael Sturza ist zum Generalconsul in Konstantinopel ernannt worden, welcher vor dem hierzu bestimmt war, geht als erster Gesandtschaftssekretär nach Brüssel.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 9. Mai. In der vorgestern in Berlin abgehaltenen Jahres-Versammlung des deutschen Fischerei-Vereins wurde auch von Herrn Präsidenten Herwig Bericht über die Thätigkeit der Sektion für Küsten- und Hochseefischerei im vergangenen Jahr erstattet. Wir entnehmen dem Bericht Folgendes: Nachdem der Präsident zunächst hervorgehoben hatte, daß außer der Landwirtschaft kein zweites Gewerbe so viele nationale Gesichtspunkte in sich vereine, wie die Seefischerei, gab er ein anschauliches Bild der verschiedenen Arbeiten der Sektion. An der Nordsee seien die von der Sektion mit Hilfe des Reichs ins Leben gerufenen Versicherungsgesellschaften für Fischereifahrzeuge in voller Thätigkeit und gebe es jetzt keine Strecke der Nordseeküste mehr, an der nicht von jedem Fischer Versicherung genommen werden könne. Die wohlthätigen Wirkungen dieser Einrichtungen machten sich nachweisbar schon jetzt geltend. An der Ostsee, wo wegen der Herabsetzung der Netze in die Versicherung die Sache sehr viel schwieriger liege, habe man im Jahre 1888 vorläufig gewissermaßen nur probeweise in Hela, Köslin und dem mecklenburgischen Fischland zusammen 4 Klassen gegründet und wolle abwarten, ob sie sich lebensfähig zeigten, um dann mit ihrer Verallgemeinerung vorzugehen. Die Vorarbeiten zur Errichtung von Unterstützungskassen für Hinterbliebene deutscher Seefischer seien im Vorjahre abgeschlossen; man habe es aber nicht für rathsam gehalten, mit der praktischen Durchführung zu beginnen, ehe das endgültige Schicksal der Altersversorgungsgesetzgebung entschieden sei, weil letztere vielfach maßgebend für einzelne Bestimmungen der Unterstützungskassen werden dürfte. Aus der großen Reihe der wissenschaftlichen Untersuchungen, über welche berichtet wurde, interessirte besonders die Mittheilung, daß in diesem Jahre die Akademie der Wissenschaften eine wissenschaftliche Untersuchungsreise nach Grönland und von da herunter nach der brasilianischen Küste unter Leitung des Professors Henjen in Kiel abgehen läßt, bei der sich die Sektion durch praktische Fischereiveruche auf dem hohen Ocean zu betheiligen gedenkt, sowie die Nachrichten über die im Vorjahre durch die Sektion erfolgte Einrichtung einer zoologischen Wanderstation an der Nordsee. Auch von praktischen Versuchen und Einrichtungen der Sektion konnte viel Erfolgreiches erzählt werden. Unter Anderem erfuhren wir, daß die Sektion außer einer Bibliothek, die schon über 200 Bände umfaßt, eine Modellammlung von Fischereifahrzeugen und Geräten angelegt hat, welche zwar in dem hiesigen landwirthschaftlichen Museum ihre Aufstellung finden wird, hauptsächlich aber dazu bestimmt sein soll, an Küstenplätzen vorübergehend zur Schau gestellt zu werden. Die für die Ostsee so überaus wichtige Treibnetzfischerei sei in den Jahren 1887 und 1888 durch Darlehen der Sektion in Schleswig-Holstein und Mecklenburg neu eingeführt, andere mustergültige, unserer Fischereibevölkerung bisher fremde Geräte seien von der Sektion angeschafft und verliehen oder verkauft; an dem Problem der Verbesserung der Seelichtigkeit der Ostseefischerei werde mit Energie weitergearbeitet; Fischer würden zu ihrer Beleuchtung in fremden Betriebsarten auf Reisen geschickt; für den kommenden Winter würden Fischereikurse nach Analoie der Landwirtschaftslehre geplant; kurz es war ein Bild einer überaus reich und durchweg erfreulichen Thätigkeit, welches unter dem lebhaften Beifall der Versammlung entrollt wurde und der Sache der Seefischerei gewiß viele neue Freunde zugeführt hat.

Soeben ist zwischen der Verwaltung der hiesigen pommerischen Zuckerrüben- und den streikenden Arbeitern dieser Fabrik ein Vergleich angenommen, der der Direktion alle Ehre macht, insofern, als sie annähernd die gestellten Forderungen bewilligt, die Zeit der Arbeitslosigkeit den Leuten bezahlt und alle ohne Ausnahme wieder einstellt, also von jeder Maßregelung absteht, wie sie vielfach befürchtet wurde. Zum öffentlichen Abschluß dieser Vereinbarung sind die in Betracht kommenden Arbeiter heute Nachmittag in das bisherige Versammlungslokal berufen, wo ein Direktionsmitglied den Abschluß bestätigten und die Arbeiter zu morgen früh in ihre Thätigkeit berufen wird.

Genehmigt ist den Arbeitern fortan zunächst der Wegfall der Morgenstunde von 5 bis 6 Uhr und die Vergütung dieser Zeit, wenn Einzelne in dringenden Fällen arbeiten müssen; die Erhöhung des bisherigen Lohnes von monatlich 57 resp. 63 Mark auf durchweg 69 Mark, da die Arbeitszeit der Fabrikarbeiter sowie der Hofarbeiter fortan von gleicher Dauer sein wird. Die Aufsicht, welche bisher 63 Mark bekamen, erhalten nunmehr monatlich 72 Mark. Für Ueberstunden werden den männlichen Arbeitern 25 Pf. pro Stunde vergütet.

Den weiblichen Arbeitern sind ihre Ansprüche fast voll und ganz befriedigt. Diejenigen, die direkt in der Fabrik schwere Arbeit verrichten, erhalten täglich die geforderten 1 Mark 50 Pf., solche, die bei der Neueinrichtung leichtere Beschäftigung haben, in der gleichen Zeit 1 Mark 40 Pf. Für Ueberstunden sind ihnen die nachgekauften 15 Pf. bewilligt. Die Verbesserung bei den männlichen Arbeitern beruht sonach bei den Fabrikarbeitern in der Kürzung der Arbeitszeit von täglich einer Stunde und der Verbesserung des Lohnes von monatlich 63 Mark auf 69 Mark, bei den Hofarbeitern um eine Erhöhung ihres Lohnes von 57 Mark auf monatlich 69 Mark. Den weiblichen Arbeiterinnen sind täglich — mit geringen Abweichungen — 1 Mark 50 Pf., anstatt der bisher gezahlten 1 Mark 25 Pf. bewilligt und die Ueberstunden-Vergütung auf 15 Pf. pro Stunde erhöht.

Ein Stündchen bei den Lappländern.

Ein Besuch vom hohen Norden ist in unserer Stadt eingetroffen, zwei Lappländer-Familien haben seit heute ihre Zelte in der Wilhelms Garten aufgeschlagen und geben uns Gelegenheit, sie in ihren heimathlichen Gebräuchen zu beobachten. Es sind neun Repräsentanten dieses nordischen Völkertammes, welche die hier zur Schau gestellte Lappländer-Karawane bilden, zwei Männer, zwei Frauen und fünf Kinder. Da die Zahl der Lappländer sich von Jahr zu Jahr mehr verringert und dieses Volk einst wohl ganz ausgerieben wird, so bietet die Ausstellung

Ein Besuch vom hohen Norden ist in unserer Stadt eingetroffen, zwei Lappländer-Familien haben seit heute ihre Zelte in der Wilhelms Garten aufgeschlagen und geben uns Gelegenheit, sie in ihren heimathlichen Gebräuchen zu beobachten. Es sind neun Repräsentanten dieses nordischen Völkertammes, welche die hier zur Schau gestellte Lappländer-Karawane bilden, zwei Männer, zwei Frauen und fünf Kinder. Da die Zahl der Lappländer sich von Jahr zu Jahr mehr verringert und dieses Volk einst wohl ganz ausgerieben wird, so bietet die Ausstellung

